

## Umsatz geht zurück

**THUN** Beim Solarzulieferer Meyer Burger verzögern sich einzelne grössere Projekte. Darum wird der Umsatz 2015 tiefer ausfallen als erwartet.

Auf operativer Ebene wird Meyer Burger 2015 erneut einen Verlust schreiben. Meyer Burger rechnet in einer Mitteilung neu mit einem Verlust in der Grössenordnung von 40 bis 65 Millionen Franken. Im Geschäftsjahr 2014 konnte das Unternehmen den Verlust vor Abschreibungen und Amortisationen dank Sondereffekten von rund 117 Millionen Franken auf ein Minus von 95 Millionen Franken verbessern.

Der Umsatz wird von bisher erwarteten 400 Millionen Franken auf 290 bis 340 Millionen Franken fallen. Meyer Burger rechnet damit, die sich verzögernden Projekte in der ersten Jahreshälfte 2016 abzuschliessen. Zufrieden ist das Unternehmen dagegen mit dem Auftragseingang. Dieser liegt nach zehn Monaten bereits 44 Prozent über Vorjahr. Die vermehrten Projektaktivitäten im Fotovoltaikbereich verdeutlichen die höhere Investitionsbereitschaft der Kunden, schreibt Meyer Burger. sda

## Millionen für Schloss

**BURGDORF** Der Grosse Rat hat gestern dem Kredit von 6,4 Millionen Franken für das Schloss Burgdorf zugestimmt. Mit den zusätzlichen drei Millionen, welche die Regierung als zinsloses Darlehen gewährt, ist der Weg frei für die Umnutzung. Für insgesamt 14,6 Millionen sollen im Schloss zusätzlich zu den Museen eine Jugendherberge, ein Restaurant sowie ein Traulokal eingerichtet werden. phm

## Heizöl Preise

Richtpreise inklusive MwSt. und LSWA (Preise der Vorwoche in Klammern)		
Langenthal und Umgebung		
1000 Liter	88.30	(92.30)
3000 Liter	81.60	(85.60)
6000 Liter	76.50	(80.50)
Solothurn und Umgebung		
1000 Liter	89.60	(92.00)
3000 Liter	78.40	(80.70)
6000 Liter	76.80	(79.10)
Bern und Umgebung		
1000 Liter	91.20	(95.10)
3000 Liter	84.30	(88.30)
6000 Liter	78.60	(82.60)
Münsingen, Thun, Emmental		
1000 Liter	91.90	(95.90)
3000 Liter	85.10	(89.10)
6000 Liter	79.40	(83.40)
Wimmis, Spiez, Interlaken, Niedersimmental		
1000 Liter	92.60	(96.90)
3000 Liter	85.80	(89.80)
6000 Liter	80.10	(84.10)
Brienz, Lauterbrunnen, Frutigen, Zweisimmen		
1000 Liter	94.00	(98.00)
3000 Liter	87.10	(91.10)
6000 Liter	81.40	(85.40)
Region Grindelwald, Meiringen, Lenk, Saanenland, Adelboden		
1000 Liter	95.10	(99.10)
3000 Liter	88.20	(92.90)
6000 Liter	82.60	(86.60)

www.swissoilbernsolothurn.ch  
Preise je 100 Liter Heizöl extraleicht franko Tank vom 16. November 2015 (Preise in Franken).  
Im Brennstoffpreis inbegriffen: CO<sub>2</sub>-Abgabe von Fr. 17.13 je 100 Liter.

# Bei Asylplätzen setzt Käser noch auf den Dialog

**ASYL** In der Novembersession beschäftigt sich der Grosse Rat mit verschiedenen Vorstössen zum Asylwesen. Gestern lehnte er die Schaffung eines kantonalen Asyl- und Integrationskonzeptes sowie die Schaffung einer strategischen Reserve ab.

Die steigenden Asylzahlen sind derzeit eines der brennendsten politischen Themen. Auch der Grosse Rat befindet sich in der Novembersession über verschiedene Asylvorstösse. Polizeidirektor Hans-Jürg Käser gab gestern zum Auftakt der Debatte eine Erklärung ab und betonte: Die vorliegenden Vorstösse seien vor sechs, sieben Monaten eingereicht worden. «Die Welt ist heute eine andere.» Denn mittlerweile hat sich die Lage auch in der Schweiz und damit im Kanton Bern zugespitzt. Wie Käser ausführte, leben in den 34 Asylunterkünften im Kanton Bern mit insgesamt 3116 Plätzen aktuell 3410 Personen, was einer Belegung von 110 Prozent entspricht.

### Käser verteidigt Asylpolitik

Den Vorwurf, die kantonale Planung habe versagt, lässt Käser nicht gelten. In seiner Erklärung rekapitulierte und verteidigte er die Entscheide des Kantons. «Im Februar dieses Jahres verfügten wir noch über eine strategische Reserve von 250 Betten.» Auch hätten seit Anfang September mehrere Unterkünfte mit insgesamt über 700 Plätzen eröffnet werden können.

Zu wenig angesichts der steigenden Asylzahlen: Noch Ende August wies der Bund dem Kanton Bern wöchentlich etwas mehr als 100 Asylsuchende zu. «Seit drei Wochen kommen bei uns pro Woche 180 Personen an, die wir unterbringen müssen», so Käser. Dazu kommt, dass das Asylzentrum Riggisberg mit 150 Plätzen Ende Jahr geschlossen wird und die Zelte in Lyss mit ebenfalls 250 Plätzen bald abgebaut werden (siehe Box). Käser: «Uns fehlen derzeit 800 Plätze.»



Hans-Jürg Käser: «Uns fehlen derzeit 800 Asylplätze.»

Andreas Blatter

Zwar liegt mittlerweile ein Regierungsratsbeschluss vor, wonach Käser Gemeinden zur Eröffnung von Asylunterkünften zwingen könnte (wir berichteten). Am Rande der Debatte sagte Hans-Jürg Käser, dass er derzeit noch auf Gespräche mit den Gemeinden setze.

Er rief die Grossräte zur Mithilfe auf. Auch bei der Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen. In den Asylzentren leben derzeit noch 644 Personen, die in

Wohnungen untergebracht und integriert werden müssten.

### Bessere Integration

Der Grosse Rat wollte gestern auch nicht grundsätzlich an der Asylpolitik schrauben. In einer Motion forderten Michael Seiler (Grüne, Trubschachen), Thomas Brönnimann (GLP, Mittelhäuser) und Ursula Brunner (SP, Hinterkappelen) unter anderem ein neues Konzept sowie die Förderung des Engagements Privater bei der Unterbringung von

### ASYLZELTE IN KAPPELEN

**Am 15.12. ist Schluss.** Ab Mitte Dezember herrscht beim Durchgangszentrum Lyss-Kappelen wieder Normalbetrieb. «Die Gemeindepräsidenten von Lyss und Kappelen sind froh, dass die Zeltunterbringung beendet wird», schrieb die Gemeinde Lyss gestern in einer Mitteilung. Mit einer Belegung von teilweise über 350 Personen seien die vorhandene Infrastruktur und die Organisation der Betreuung des Durchgangszentrums überlastet. Die zehn Armeezelte werden noch bis zum 15. Dezember als Asylunterkunft genutzt. Dies habe der Kanton an einer Sitzung mit den Gemeinden Kappelen und Lyss zugesichert.

Die Zelte werden je nach Witterung und Verfügbarkeit der Armeetruppen bis spätestens Ende Januar abgebaut. Vor dem Entschluss zum Abbruch wurden kritische Stimmen aus Politik und Bevölkerung am Vorgehen des Kantons laut: Dieser hatte noch Mitte Oktober Vorabklärungen für eine Nutzung der Zelte über den Winter und damit über die vereinbarte Nutzungsdauer von drei Monaten getroffen. Doch ganz vom Tisch ist die Sache nun nicht: Die Zelte würden an einem anderen Standort wieder aufgebaut, sagte Polizeidirektor Hans-Jürg Käser gestern. Wo sie zu stehen kommen werden, dazu äusserte er sich nicht. pd/sl

Asylbewerbern. Diese Punkte überwies der Rat zwar, schrieb sie jedoch gleichzeitig als erfüllt ab. Die Forderungen nach einer «strategischen Leistungsbereitschaft» zum Ausgleich schwankender Flüchtlingszahlen und nach einer besseren Integration überwies das Parlament dagegen als Prüfungsauftrag. Morgen geht die Debatte weiter. Etwa mit der Forderung der SP nach einem Anreizsystem, damit die Gemeinden freiwillig Flüchtlinge aufnehmen. Andrea Sommer

## Weniger Vorschriften

**ÜBERREGULIERUNG** Die Regierung muss prüfen, ob sie eine Regulierungsbremse einführen kann. Der Grosse Rat überwies gestern ein entsprechendes Postulat der SVP.

Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates sprach sich gestern für weniger Regulierungen und schlankere Verfahren auf kantonaler Ebene aus. Der Rat überwies ein Postulat der Thuner SVP-Grossräte Raphael Lanz und Ueli Jost mit 78 zu 66 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Lanz begründete den Vorstoss unter anderem damit, dass vor allem Wirtschaftsvertreter über die zunehmende Bürokratie klagten.

Was eine Regulierungsbremse ist, liessen Lanz und Jost offen. In ihrem Vorstoss hielten sie fest, verschiedene Modelle seien denkbar. SP, Grüne, EVP und GLP lehnten den Vorstoss ab. Das Problem der Überregulierung könne das Parlament mittels Eigenverantwortung und Selbstbeschränkung lösen, sagte etwa der GLP-Sprecher Michael Köppli. Blaise Kropf zeigte sich namens der Grünen skeptisch gegenüber dem Anliegen, «Bürokratie mit Bürokratie zu verhindern». as

## Kohli sagt Sorry

**KANTON BERN** «Ausgehverbot ab 20 Uhr in allen muslimischen Quartieren in Europa, Moscheen schliessen und Wohnungen durchsuchen bis zur restlosen Aufklärung!» Diesen Satz twitterte am Samstag die Berner FDP-Politikerin Christine Kohli und erntete einen Shitstorm. Gestern entschuldigte sie sich. Die Aussage sei «sehr spontan und unter dem Eindruck des vom französischen Präsidenten ausgerufenen Ausnahmezustandes entstanden», sagte sie in einem Gespräch mit dem Parteipräsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Geschäftsführer. Die FDP distanziert sich vom Tweet. Nach der Aussprache sei das Thema erledigt, teilte die Partei mit. pd/ehi

**Vor einem Jahr hat der Grosse Rat mit klarer Mehrheit** die Motion «Keine Budgetierung der Nationalbankgewinne für die Voranschläge 2015 und 2016» überwiesen. Diese Woche treten die Grossräte für die Novembersession zusammen – und werden heute wieder über das gleiche Ansinnen debattieren. Denn der Regierungsrat hat die Motion nicht umgesetzt und stattdessen einen Gegenvorschlag ausgearbeitet: Er will einen Fonds schaffen und diesen mit den Gewinnen der Nationalbank alimentieren, sofern es überhaupt welche gibt. Diesem Fonds sollen Jahr für Jahr 80 Millionen Franken für die laufende Rechnung entnommen werden. Mit diesen regelmässigen und in ihrer Höhe kon-

## Standpunkt



Claude Chatelain  
Finanzredaktor

### Der Geldsegen gehört nicht ins Budget

stanten Ausschüttungen erhofft sich die Berner Regierung eine bessere Planbarkeit der Finanzen.

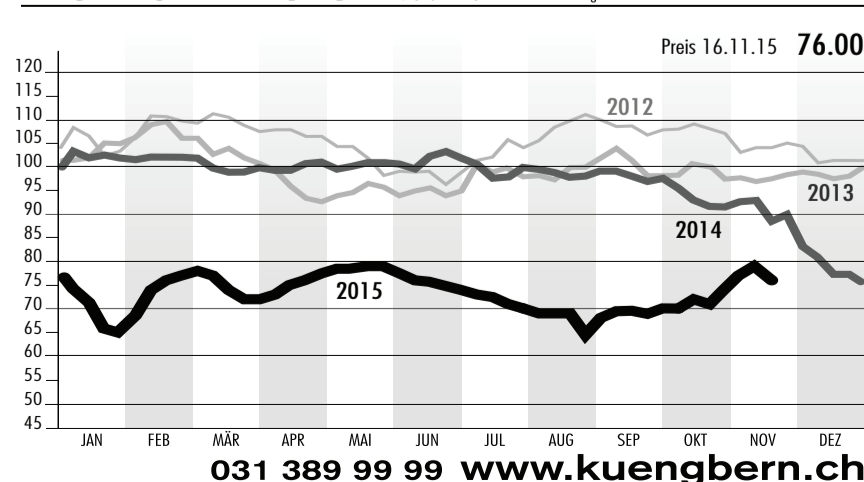
**Der Vorschlag der Regierung ist nachvollziehbar.** Sie muss den Staatshaushalt ins Lot bringen. Je mehr Geld dazu zur Verfügung steht, desto einfacher ist das Unterfangen. Das weiss jede Hausfrau. Doch jede Hausfrau weiss ebenfalls, dass man mit Geld haushälterisch umgehen muss. Sie weiss, dass man nicht mehr ausgeben soll, als man verdienen kann. Und sollte der reiche Onkel aus Amerika die haushälterisch agierende Familie mit einem Geldsegen beschenken, so wird sie das Geld nicht für den täglichen Haushalt verwenden, sondern sich damit etwas

Aussergewöhnliches gönnen oder allenfalls die Hypothek abzahlen.

**Auch der Kanton Bern wird regelmässig mit einem Geldsegen beglückt,** für den er nichts kann. Nicht von einem reichen Onkel zwar, sondern von der Nationalbank. Will er mit dem zur Verfügung stehenden Geld haushälterisch umgehen, sollte er die Notenbankgewinne nicht für die laufende Rechnung budgetieren. Daher ist zu wünschen, dass der Grosse Rat den regierungsrätlichen Vorschlag ablehnt und die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Notenbankgewinne zur Tilgung der Schulden verwendet werden.

Mail: claud.chatelain@bernerzeitung.ch

## Heizöl-Preis



## Heizöl das wärmt.



Jetzt bestellen.  
**KÜNG AG BERN**  
Mineralölprodukte  
AVIA  
Telefon 031 389 99 99 | www.kuengbern.ch

## SP-Favoriten verzichten

**REGIERUNGSRAT** Mit den Nationalräten Evi Allemann und Christoph Aebischer verzichten beide Favoriten der SP auf eine Kandidatur für die Regierungsratsersatzwahlen.

Evi Allemann habe ihren Rückzieher mit der familiären Situation begründet, sagt Parteipräsidentin Ursula Marti und bestätigt eine Meldung von «Journal

B». «Eine Kandidatur für die Kantonsregierung würde mich schon sehr reizen», sagte Allemann unlängst. Aber die Familie mit der dreimonatigen Tochter Julia geniesse derzeit das höhere Gewicht. Bei Matthias Aebischer hat der Verzicht andere Gründe: Er will im Nationalrat noch mehr Verantwortung übernehmen. «Ich bin vor vier Jahren in die nationale Politik eingestiegen und

habe parteiintern in einigen Dossiers den Lead übernommen. Meine Arbeit dort ist noch nicht fertig», sagt Aebischer. Laut Marti ist die Ausgangslage aber auch mit dem Oberhasler Grossrat Christoph Ammann «optimal». Der Rektor des Gymnasiums Interlaken und erster Ersatz auf der Nationalratsliste hat sich letzte Woche für eine Kandidatur entschieden. mab